



Zerrbilder statt kritischer Auseinandersetzung

Erklärung des erweiterten VÖBAS-Vorstands zur Polemik gegen die ökonomische Bildung in E&W

Im kommenden Schuljahr wird an den baden-württembergischen Werkrealschulen/Hauptschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen ab Klassenstufe 7 mit dem lange diskutierten und noch unter der grün-roten Koalition beschlossenen Unterricht im Fach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung begonnen. Im Schuljahr 2018/19 setzt auch an den Gymnasien ab Klasse 8 aufsteigend der Unterricht in dem neuen Schulfach ein.

Auf den ersten Blick scheint die bundesweite Aufmerksamkeit für diese Neuerung in einem eklatanten Missverhältnis zu den Fakten zu stehen: Der gesamte Unterricht im Fach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung beträgt an den Gymnasien drei Schuljahreswochenstunden, also je eine in den Klassen 8, 9 und 10, und an den übrigen Schulen während der gesamten Sekundarstufe fünf Schuljahreswochenstunden. Und außerdem ist Baden-Württemberg keineswegs das einzige und erste Bundesland, in dem Wirtschaft als eigenständiges Pflichtfach besteht.

Wirklich neu ist freilich die flächendeckende und einheitliche Einführung des Faches an allen Schulformen des allgemeinbildenden Schulwesens, während es z.B. in Niedersachsen zwar ein eigenständiges Fach Wirtschaft an den Haupt-, Real- und Oberschulen gibt, an den Gesamtschulen Wirtschaft aber nur ein Teilbereich des Fachbereichs Arbeit-Wirtschaft-Technik und an den Gymnasien ein Bestandteil des Integrationsfaches Politik-Wirtschaft ist. Und genau dieser Umstand ruft die Gegner eines Faches Wirtschaft auf den Plan.

Wir konzedieren, dass die in der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung zusammengeschlossenen Lehrkräfte und Fachdidaktiker dieser Entwicklung nicht nur aus nachvollziehbaren interessenpolitischen Motiven (Stundendeputate, Lehrerstellen, Studiengänge, Lehrstühle etc.) ablehnend gegenüberstehen, sondern auch von der Sorge getrieben sind, für die politische Bildung stünde nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung. Darüber sollte geredet und gestritten werden. Der Verteilungskonflikt zwischen der politischen und der ökonomischen Bildung um die knappe Ressource Unterrichtszeit ließe sich ja durchaus entschärfen wie beispielsweise im Lande Niedersachsen, das im Zuge der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium eine behutsame Korrektur der Stundentafel zugunsten des Faches Politik-Wirtschaft vorgenommen hat.

Aber darum geht es den Streitern gegen die vermeintliche „Ökonomisierung“ des allgemein bildenden Schulwesens offensichtlich nicht, denen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in der Dezember-

ausgabe 2016 ihrer Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ (E&W) viel Platz eingeräumt hat für eine heftige Polemik gegen die ökonomische Bildung, ihre wirtschaftswissenschaftlichen Bezugsdisziplinen, ja gegen „die Wirtschaft“ (wer immer das sei) überhaupt.

Einen aggressiv polemischen Ton schlägt der Journalist Wolfgang Storz im einleitenden Gastkommentar an: Da ist vom „Vormarsch der Wirtschaft“ die Rede, die die Schulen mit als Unterrichtsmaterial getarnter Propaganda „bombardiere“ und eine „ebenso gefährliche wie falsche Denkwelt“ verbreite: zum einen das „Menschenbild des homo oeconomicus“, welches den Menschen auf ein „berechnendes Wesen reduziere“ und „im Mittelpunkt des Faches Wirtschaft“ stehe, zum anderen die „Mär“ von den in die Schulen einströmenden Managern, Unternehmern und Bankberater als „objektiven Fachleuten“, ein Irrtum, den „zu zertrümmern“ „bester Unterricht“ sei.

In ihrer polarisierenden Auseinandersetzung mit dem niedersächsischen Kerncurriculum Politik-Wirtschaft von 2006 (die umfassende Überarbeitung von 2015 wird offensichtlich bewusst ignoriert) und mit dem baden-württembergischen Bildungsplan Wirtschaft von 2015 führen Dirk Lange und Steve Kenner unter der Überschrift „Das Fach Wirtschaft als trojanisches Pferd?“ diesen polemischen Grundton fort: Heranbildung der Schülerinnen und Schüler zu unkritisch funktionierenden „Arbeitskräften, Mini-Unternehmern oder Konsumenten“, „monodisziplinäre Ausrichtung des Faches“, „verengte Sicht auf die Ökonomisierung der Gesellschaft“, Propagierung der „Sozialen Marktwirtschaft als alternativlose Wirtschaftsordnung“, arbeitgebernahe kostenlose Unterrichtsmaterialien, die von einer unabhängigen Prüfstelle geprüft werden müssten, und schließlich der kaum verhüllte Zweifel an der Grundgesetzkonformität der ökonomischen Bildung. Um das Maß voll zu machen, sieht Tim Engartner im „früheren Schonraum Schule“ einen von Unternehmen, unternehmensnahen Stiftungen und Interessenverbänden betriebenen „Kampf um die Köpfe der Kinder entbrannt, der die Unterrichtsqualität gefährdet“, es sei „an der Zeit, dass die bildungspolitischen Entscheidungsträger den schulischen Allgemeinbildungsanspruch nicht länger auf dem Altar privatwirtschaftlicher Interessen opfern“.

Der Zweck dieses geradezu apokalyptischen Bildes eines Generalangriffs tatsächlicher wie vermeintlicher Lobbyisten auf eine der Mündigkeit verpflichtete politische Bildung wird von Lange und Kenner offen genannt: „Elternvertretungen und Fachverbände in Ba-

den-Württemberg geben noch nicht auf. [Bis zum Unterrichtsbeginn in dem neuen Fach] bleibt der Wunsch nach Nachbesserungen weiter bestehen.“

Als Lehrerinnen und Lehrer, die an allgemein bildenden Schulen verschiedener Bundesländer Wirtschaft als eigenständiges Fach und / oder im Rahmen von Fächerverbänden oder Integrationsfächern unterrichten und von denen nicht wenige GEW-Mitglieder sind, sind wir über die in der E&W verbreiteten Zerrbilder der ökonomischen Bildung verwundert und irritiert, denn sie haben nicht das Geringste mit dem Unterricht zu tun, den wir tagtäglich praktizieren:

Keiner von uns missversteht die Kunstfigur des „homo oeconomicus“ als Abbild eines realen Menschen oder gar als ein normativ aufgeladenes „Menschenbild“. In Übereinstimmung mit der großen Majorität der Wirtschaftsethiker verstehen und nutzen wir den „homo oeconomicus“ als ein zu Analysezwecken konzipiertes Modell, mit dessen Hilfe „Gefahrenstellen für die Tragfähigkeit moralischer Standards“ wie beispielsweise die Ausbeutbarkeit „normgebundenen Verhaltens in anonymen gesellschaftlichen Kontexten durch Trittbrettfahrer“ identifiziert werden können (Loerwald, D./Zoerner, A.: Der homo oeconomicus, in: Unterricht Wirtschaft, 29/2007, 3); man denke an Schwarzfahren, Umweltverschmutzung, Versicherungsbetrug, Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung etc. Wir mögen den „homo oeconomicus“ nicht, aber wir rechnen mit ihm, um uns und andere gegen das ihm unterstellte Verhalten durch Klugheit und mittels geeigneter institutioneller Arrangements zu schützen.

Auch verklärt niemand von uns die bestehende Wirtschaftsordnung als die beste aller Welten, zu der es keinerlei Alternativen gebe. Das Denken in Ordnungskategorien hilft, die real existierenden Wirtschaftsordnungen anhand bestimmter Ordnungsformen und Ordnungselemente zu unterscheiden. Nur so ist es überhaupt möglich, die mannigfaltigen Erscheinungsformen kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Systeme in Vergangenheit und Gegenwart zu identifizieren und zu vergleichen und das Ringen um die beste Kombination der Ordnungselemente (zentrale oder dezentrale Lenkung, privates, genossenschaftliches oder staatliches Eigentum, staatliche oder marktliche Preisbildung, Formen der betrieblichen und volkswirtschaftlichen Ergebnisrechnung etc.) zu verstehen und aktiv an ihm teilzuhaben.

Wir kennen auch keine Lehrerinnen und Lehrer, die wirtschaftliche Themen und Probleme „monodisziplinär“ unterrichten; je nach Thema und Problemstellung rekurren sie auch auf die politischen, soziologischen, sozialpsychologischen, rechtlichen, geschichtlichen und ethischen Dimensionen wirtschaftlichen Handelns. Entgegen dem alle Differenzierungen einblendenden Bild eines „Mainstreams“, dem sich einige wenige „heterodoxe“ Mahner heroisch entgegenstemmen, nehmen wir die Wirtschaftswissenschaften viel

„pluraler“ wahr, als sie von den Kritikern in ihrer Schwarz-Weiß-Malerei beschrieben werden: Keynesianer, Monetaristen, Marktradikale, Interventionisten, Institutionalisten etc. Und wir registrieren mit Genugtuung, dass wirtschaftsgeschichtliche, theoriegeschichtliche und ordnungstheoretische Ansätze wieder an Einfluss gewinnen, die in der Tat ausgerechnet in dem Land, das eine ältere und eine jüngere Schule der Nationalökonomie und den Ordoliberalismus hervorgebracht hat, längere Zeit eine Randexistenz fristen mussten.

Die als lobbyistischer Angriff auf die Schulen verdächtigten Praxiskontakte in Form von Erkundungen, Expertenbefragungen und Praktika gehen in aller Regel nicht von Firmen, Stiftungen und Verbänden aus, sondern werden in pädagogischer Absicht und Verantwortung von uns Lehrerinnen und Lehrern initiiert, nach fachlichen und didaktischen Kriterien konzipiert und methodisch inszeniert. Sie folgen stets dem gleichen Verlaufsmuster, wie es Franz-Josef Kaiser und Hans Kaminski schon seit den 1980er Jahren entwickelt und propagiert haben (s. dies.: Methodik des Ökonomie-Unterrichts, 4. Aufl., Bad Heilbronn 2012): gründliche Vorbereitung im Rahmen einer längeren Unterrichtseinheit, genaue Absprachen mit den zu erkundenden Institutionen und zu befragenden Personen, sorgfältige Dokumentation und kritische Evaluation und Reflexion. Als fachkompetente und berufsstolze Lehrerinnen und Lehrer lassen wir es uns nicht nehmen, die Richtung solcher unterrichtlichen Veranstaltungen zu bestimmen, die auch dann noch schulische bleiben, wenn sie in einem Betrieb, in einer Verbraucherzentrale oder in einem Gewerkschaftshaus stattfinden.

Und wir empfinden es – gelinde gesagt – als eine Beleidigung unseres professionellen Selbstverständnisses, wenn man uns entweder als willensschwache Opfer oder als willige Vollstrecker sinistrierender Lobbyinteressen erscheinen lässt. Wir brauchen keine Bevormundung durch eine vermeintlich neutrale Prüfstelle, um zu entscheiden, welche Materialien und Medien wir unseren Schülerinnen und Schülern zumuten können oder auch müssen. Das entscheiden nämlich wir selbst „in eigener pädagogischer Verantwortung“, wie sie uns z.B. im Niedersächsischen Schulgesetz (§ 50,1) aufgegeben ist, aufgrund fachlicher und didaktischer Kriterien und selbstredend unter Beachtung des für alle Fächer geltenden Überwältigungsverbots und Zumutungsgebots

Schließlich stellt sich uns angesichts des Furors der Autoren die Frage, wie sie es selbst mit dem Beutelsbacher Konsens halten, wenn sie ein derart einseitiges und verzerrtes Bild der ökonomischen Bildung entwerfen, das nichts, aber auch rein gar nichts von dem reflektiert, was uns zu unserem Einsatz für eine fachlich verankerte ökonomische Allgemeinbildung bewegt